

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	Hinweis: SV abgegeben zum Durchlesen	
		SV: EG Thun ist Eigentümer der Parzelle X und räumt der K AG ein Baurecht ein im März 2015. 3 Monate später stellt die K AG ein Baugesuch. Der archäologische Dienst führt auf, es seien Reste der Bronzezeit auf dem bzw. unter dem Grundstück vorhanden. Die Parzelle ist bisher nicht im archäologischen Inventar. Die EG Thun soll sich nun mit einer halben Million an den Unterhaltskosten beteiligen. Die EG Thun will sich wehren und kommt als Anwalt zu Ihnen. Welche Massnahme schlagen Sie vor?	Hier geht es um Baurecht und insbesondere die Kostentragung. Es stellt sich die Frage, ob wir ein Anfechtungsobjekt haben. Fraglich ist insbesondere, was die Verpflichtung zur Beteiligung darstellt. Zu prüfen ist, ob dies eine Verfügung darstellt, denn gemäss Art. 49 VRPG haben wir in Bern den Vorrang der Verfügung. Die Verfügungsmerkmale sind in Art. 5 VWVG umschrieben. Es muss eine Anordnung einer Behörde sein, die einen Einzelfall regelt, Rechte oder Pflichten auferlegt und die gestützt auf öffentliches Recht ergeht. Hier ist es eine einseitige, verbindliche Anordnung. Fraglich ist, ob die Anordnung gestützt auf öffentliches Recht ergeht. Gemäss Sachverhalt ist die Parzelle im Eigentum der Gemeinde.
		Hinweis Art. 24 Denkmalpflegegesetz, Art. 24 Abs. 3 enthält einen Hinweis zur Kostenregelung Die Kosten der Untersuchung trägt der Kanton. Gemeinden oder andere Trägerinnen und Träger öffentlicher Aufgaben beteiligen sich nach ihren finanziellen Möglichkeiten im Rahmen von 10 bis 50 Prozent an den Kosten, soweit das betreffende Grundstück in ihrem Eigentum steht und sie die Untersuchung verursacht haben. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.	
		Wir machen hier kein Sachenrecht, aber was ist ein Baurecht?	Es ist ein Quasirecht auf fremden Boden zu bauen, ein beschränktes dingliches Recht.
		Die Frage ist hier, ob das Recht richtig angewandt wurde, die Parzelle ist im Eigentum der EG Thun, aber wie sie gesagt haben, hat sie die Untersuchung nicht verursacht.	Fraglich ist im Hinblick auf Art. 24 Abs. 3 ob die Gemeinde die Untersuchung verursacht hat. Hier müsste man auslegen. Es dürfte schwierig sein, die Auferlegung der Kosten unter Art. 24 Abs. 3 zu subsumieren
		Wie wäre das weitere Verfahren?	Es liegt kein Ausschlussgrund vor, das VErwG wäre zuständig.
		Wie ist die Kognition der VERwG?	Das VerwG hat eine beschränkte Kognition nach Art. 80 VRPG, hier müssten Rechtsverletzungen überprüft werden.
			Ein weiteres Argument gegen die Kostentragungspflicht wäre auch, dass die Parzelle

		<p>Art. 5 Denkmalpflegegesetz: (vorgelesen) Denkmäler sind entsprechend ihrer Bedeutung von allen schonend zu behandeln. Kanton, Gemeinden sowie Personen und Institutionen des öffentlichen und solche des privaten Rechts, die öffentliche Aufgaben erfüllen, haben in ihrer Tätigkeit Denkmäler zu erhalten und, wo das öffentliche Interesse an ihnen überwiegt, zu schützen.</p> <p>Die Bestimmung setzt folglich voraus, dass man es überhaupt weiss, sie wussten es hier nicht</p> <p>Wir kommen zu einem 2. Fall. Es geht um den Zusammenschluss von 2 Gemeinden (eine im Kt. Bern, die andere im Kt. Fribourg). Sie möchten anschliessend zum Kt. Fribourg gehören.</p> <p>Wie lautet das korrekte rechtliche Vorgehen für eine Fusion.</p> <p>Welches sind die rechtlichen Etappen?</p> <p>Wir haben drei Stufen: kommunal, kantonal und Bundesebene</p> <p>Welches sind die Vorbereitungshandlungen auf kommunaler Ebene? Welche Entscheidungsgrundlage haben die Stimmbürger auf kommunaler Ebene? Eigentlich ist es ja eine interkommunale Vereinbarung, immer unter dem Vorbehalt, dass der Kt. zustimmt.</p> <p>Was braucht es, wenn festgestellt wird, dass die Gemeinde zur Fusion bereit ist?</p> <p>Ein Konkordat wäre naheliegend. Beide können sich nach ihren Regeln zum Vorgehen äussern.</p>	<p>offenbar nicht im Inventar der Denkmalpflege war.</p> <p>Die EG Thun hat folglich die Untersuchung im Rechtssinn nach Art. 24 Abs. 3 Denkmalpflegegesetz nicht verursacht. Man hätte vor VERwG gute Chancen.</p> <p>Das GG hat Regeln zur Fusion, die sind vorliegend nicht einschlägig. Folglich müsste man die KV konsultieren. Ich gehe davon aus, dass der Kt. Bern zustimmen müsste.</p> <p>Es bräuchte eine Volksabstimmung nach Art. 61 Abs. 1 lit. d KV, da Kantonsgebiet geändert würde. Es bräuchte sowohl die Zustimmung des Kt. Berns als auch des Kt. Fribourgs.</p> <p>Auf kommunaler Stufe müssten die Bürger gefragt werden, ob sie wechseln wollen.</p> <p>Dann braucht es die Zustimmung des Kantons. Im Kt. Fribourg bräuchte es wohl auch eine Volksabstimmung. Möglicherweise besteht ein Konkordat.</p>
--	--	--	--

		Was brauchen wir auf Bundesebene.	Wahrscheinlich die Zustimmung des Bundes.
--	--	-----------------------------------	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	SV abgegeben	
		T wird zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 22 M verurteilt wegen Vergewaltigung. Vom Vorwurf der sexuellen Nötigung wird er freigesprochen.	
		Die PK beschränkt ihre Berufung auf die Sanktion, sie fordert 24 Monate unbedingt. Was macht das Obergericht?	Es stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen möglich ist. Dazu ist sie meines Wissens nicht befugt. Art. 382 Abs. 2 StPO sagt, dass dies nicht möglich ist.
		Weshalb spricht man der PK die Legitimation zur Berufung hinsichtlich der Sanktion ab?	Letztlich eine Entscheidung des Gesetzgebers. Man kann bereits die Bestrafung im Straf- und Zivilpunkt fordern. Der Strafanspruch soll beim Staat liegen.
		Wie sieht es mit der Berufungsmöglichkeit aus, wenn keine Strafe ausgesprochen wird? Hat man auch dann keine Berufungsmöglichkeit?	Ich schaue bei den Berufungsgründen im Gesetz nach, dort steht nichts.
		ES ist noch nicht entschieden in der Praxis. Es kommt darauf an, ob es als eine Frage der Sanktion oder der Beweiswürdigung angeschaut wird.	
		Vorliegend haben wir die Berufung gegen eine Sanktion. Wie geht das Gericht vor.	Das Verfahren läuft nach Art. 400 StPO. Es stellt sich die Frage, ob das Gericht überhaupt darauf eintritt.
		Richtig zudem wird das rechtliche Gehör gewährt Art. 403 Abs. 2 StPO.	Gemäss Art. 403 Abs. 1 StPO urteilt das Gericht im schriftlichen Verfahren. Dies haben die Parteien (beschuldigte Person, PK, Generalstaatsanwaltschaft)
		In unserem Fall meldet die Staatsanwaltschaft Berufung an, sie fordert die zusätzliche Verurteilung wegen der sexuellen Nötigung. Zudem meldet die bP Berufung an und fordert einen Freispruch. Wie geht das Berufungsgericht vor.	Hier geht es um die Frage reformatio in peius.
		Wir haben zwei Berufungen, was macht das Oger. Schauen sie in Art. 400 Abs. 2/3 StPO nach.	ES geht darum, ob die Formalitäten korrekt in. Eine verpasste Frist wäre ein Nichteintretensgrund.
		Was passiert wenn die bP verstirbt?	Es stellt sich die Frage, ob die Erben in das Verfahren eintreten. Hier würde eine Einstellung erfolgen.
		Was kann man mit der Anschlussberufung geltend	Wenn nur die bP Berufung anmeldet, muss die Stawa die Anschlussberufung einlegen.

		<p>machen? Wann macht diese Sinn?</p> <p>Wann hätte die PK Interesse an einer Anschlussberufung?</p>	<p>Bspw. wenn es um den Betrag der Genugtuung oder Schadenersatz geht.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	SV: Ein Klient kommt zu Ihnen. Er hat sich vor einem Jahr scheiden lassen und nun gehört, dass seine Frau ein Millionenvermögen verheimlicht haben soll, das in einem Trust liegen soll.	Wir haben hier ein rechtskräftiges Scheidungsurteil. Der Klient wurde verpflichtet Alimente zu bezahlen. Hier stellt sich die Frage, ob ein Abänderungsgrund nach Art. 129 ZGB vorliegen könnte. In diesem Fall spielen die Regeln des ZGB und der ZPO zusammen. Im ZGB gibt es einen Verweis auf Art. 284 ZPO zur Änderung der Scheidungskonvention.
		Die ZPO gibt Anknüpfungspunkte in Art. 129 und Art. 134. Was sind die TB-Voraussetzungen von Art. 129 ZPO?	Die erste Voraussetzung ist, dass sich die Verhältnisse erheblich geändert haben müssen.
		Haben wir hier eine nachträgliche Veränderung? Welche Überlegungen sind massgeblich?	Wir haben keine nachträgliche Veränderung, hier ist ein neuer SV aufgetaucht.
		Der Behelf hilft uns als nicht weiter.	Hier könnte die Revision helfen. Art. 328 ZPO. ES könnte ein Revisionsgrund nach Art 328 lit. a ZPO vorliegen. ES könnte auch Art. 328 lit. c ZPO einschlägig sein, denn es könnte ein Willensmangel vorgelegen haben. Ein Grundlagenirrtum nach Art. 20 Abs. 1 OR. Es könnte eine absichtliche Täuschung durch Unterlassen vorgelegen haben. Die Exfrau hatte eine Auskunftspflicht spätestens im Scheidungsverfahren.
		Müssen Sie hinsichtlich der Willensmängel aktiv werden?	Die Frist von OR 28 verweist auf OR 31 (binnen Jahresfrist). (Revision 90 Tage)
		Was müssen wir betreffend Art. 31 OR machen?	Wir müssen die Verwirkung unterbrechen. Dabei ist es ausreichend, wenn er sich gemeldet hat (eingeschriebener Brief mit Kommentar, dass er von Konvention zurücktritt).
		Die Frist betreffend der Revision von 90 T passt nicht ideal. Ist eine vorsorgliche Beweisführung hier möglich.	Möglicherweise wäre hier die vorsorgliche Beweisführung angebracht. Art. 158 ZPO. Dies ist jederzeit möglich.
		Wer macht die vorsorgliche Beweisführung? Wenn zuletzt das Oger entschieden hätte, fällt die Zuständigkeit auseinander. Dann läuft es separat.	Art. 62 ff. verweist betreffend örtliche Zuständigkeit auf Art. 13 ZPO. Das Gericht das letztmals entschieden hat (in casu das Scheidungsgericht) wäre zuständig.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	SV abgegeben zum Selberlesen. (keine Angabe für die Zuhörer)	
		Welche Steuern kommen in Frage?	Auf Stufe Bund die Einkommenssteuer und auf Stufe Bund die Handänderungs- oder die Grundstückgewinnsteuer.
		Wo ist die Grundstücksteuer geregelt?	In Art. 126
		Im Bund?	Nicht.
		Kann der Kanton die Grundstücksteuer einfach abschaffen?	Wir haben ein Steuerharmonisierungsgesetz. Die Kantone sind verpflichtet eine Grundstückgewinnsteuer zu erheben.
		Muss Frau X die Grundstückgewinnsteuer bezahlen?	Ja,. Es wäre durchzuprüfen.
		Was wollen sie von Frau X wissen?	Ihre Vorkehren betreffen Art. 137 ff. Ob der Erlös nach Art. 800'000.00 Anlagekosten darstellen.
		Was sind Anlagekosten?	
		Wir haben zwei Gruppen von Aufwertungen.	Werterhaltende und wertvermehrnde Investitionen; Die Kosten die entstehen.
			Aufwertungen, die wertvermehrnd sind müssen berücksichtigt werden. Wenn nur werterhaltend, können sie bei der Einkommenssteuer abgezogen werden.
		Was müssen Sie noch mit Frau X besprechen. Was wollen Sie wissen? Welche Informationen brauchen Sie?	Wie die 400'000.00 aufgeteilt werden.
		Wie sieht die Wahrscheinlichkeit aus, dass ein Teil der Investitionen nicht zum Abzug zugelassen wird?	Zudem muss ich wissen, was die Steuerverwaltung zugelassen hat.
		Das zeitliche Element spielt eine Rolle	Wir hatten damals die Dumont Praxis. Instandhaltungskosten konnten nicht abgezogen werden.